

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Der Beschluss pro Berlin – fast eine zweite deutsche Teilung

Vor wenigen Tagen blickte ganz (Fußball-)Deutschland wieder einmal auf Berlin. Der deutsche Pokalsieger wurde dort gekürt. Bereits im Jahr 1985 hatte man in der damals noch geteilten Hauptstadt die deutschen Herzen vereint – das Pokal-Endspiel war nicht zuletzt durch die starke Befürwortung von Franz Beckenbauer „für immer“ nach Berlin vergeben worden. Dann kam die unerwartete Einigung. Die Frage nach dem weiteren Verbleib des nationalen Fußball-Endspielortes stellte sich fortan nicht mehr. Stattdessen eskalierte aber im Juni 1991 die Stimmung im Lande, weil wochenlang mit harten Bandagen um den künftigen Sitz von Parlament und Regierung im vereinten Deutschland gestritten worden war.

In der Auseinandersetzung gab es gute, aber auch vorgeschobene Argumente. Es gab vor allem viel Herzblut und manche Antipathie – ersteres für Bonn, letztere für Berlin. Mit der knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen fiel die Entscheidung zugunsten Berlins. „Ein Sieg der Vernunft“ und eine „Erfolgsstory für Berlin und Bonn“, wie später geurteilt wurde?

Gegen Berlin sprach vieles. Die Stadt an der Spree war erst 1871 zur deutschen Hauptstadt aufgestiegen und hatte sich durch die Revolution 1918/19 nicht als Hort der Stabilität erwiesen. Die Verfassunggebende Versammlung für die neue Republik nach dem Sturz aller Monarchien hatte sich deshalb in Weimar zusammengefunden. Es entstand die „Weimarer Republik“ – allerdings weiterhin mit der Hauptstadt Berlin und mit dem Namen „Deutsches Reich“. Auch in Bayern wich die Regierung wegen der unruhigen Lage von München nach Bamberg aus. Doch gab es nie den Namen „Bamberger Republik“. Obwohl München später sogar die „Hauptstadt der Bewegung“ wurde, handelte sich Berlin als „Reichshauptstadt“ alle Verurteilungen für die Hitler-Diktatur ein. Der Name „Berlin“ zeigte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg belastet, weil die Stadt geteilt wurde und somit für jeglichen Missstand gerade stehen musste, im Osten für die sozialistische Willkürherrschaft und schwache wirtschaftliche Entwicklung und im Westen für unruhige Studenten, Straßenkrawalle und aus der Bundesrepublik angereiste Wehrdienstverweigerer, die lange Zeit als „Drückeberger“ galten. Wer



Klaus Rose wirkte 22 Jahre in Bonn – hier 1978 neben Franz Josef Strauß.

heimische Stammtische in Wallung bringen wollte, brauchte bloß auf „das rote Gesindel“ von Berlin einzuschlagen. Bonn und seine Rheinländer galten als fröhlich, die „Bonner Republik“ deshalb als „Froh-sinn-Staat“. Den wollte man nicht leichtfertig aufgeben. Für Bayern bestand der zusätzliche Anreiz darin, dass Kölns Erzbischof lange von Wittelsbachern gelenkt wurde und dass auch Bad Godesberg in deren Einflussbereich lag. Trotzdem sprachen die Bayern bei den Bonnern von „Preißn“ – gemäß dem Urteil, dass gewiss jeder ein „Preiß“ sei, der nicht (alt-)bayerisch spricht. Aber im Vergleich zu den Berlinern waren die Bonner akzeptabel.

Bonn etablierte sich 1989 als echte Hauptstadt

Die Ironie der Geschichte woll-

te es, dass ausgerechnet im Jahr des Mauerfalls 1989 Bonn am Aufstieg zur etablierten Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland angelangt war. Es war der (spätere) Einheitskanzler Helmut Kohl, der – als „Ludwigshafener Rheinländer“ – Bonn zum Regierungssitz herausputzte, ihm den neuen Plenarsaal bescherte (nach dem Zwischen-Proposium des „Wasserwerks“) und die „Museumsmeile“ in Auftrag gab. Etliche Millionen wurden dafür aufgebracht, auch von ausländischen Regierungen für ihre Botschaften. Dann kam unerwartet der Mauerfall. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, als amtierender Bundespräsident mit zweitem Amtssitz in Berlin residierend, trat bald als einer der ersten Prominenten für Berlin als Hauptstadt und Regierungs-

sitz ein. Schon begann der „Grabenkrieg“. Da die Abgeordneten weiterhin in Bonn arbeiteten, spürten sie den zunehmenden Druck ihrer Büro-Mitarbeiter, der Chauffeure im Bundestagsfahrdienst oder der Kellner in den diversen Restaurants. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und auch Baden-Württemberg verfügten über die Mehrheit der Abgeordneten, die näher zum Rhein wohnten als zum „Fernen Osten“. Berlin war im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 als „Hauptstadt Deutschlands“ bestimmt worden, aber ohne den Zusatz „mit Sitz von Parlament und Regierung“. So gönnten „die Bonner“ Berlin den Titel „Hauptstadt“, beanspruchten aber weiterhin Parlament und Regierung. Am 20. Juni 1991 wurde jedoch, nach langer und leidenschaftlicher Debatte im Plenum des Bundestages, knapp für Berlin votiert.

Wie dachte „Bayern“ über Bonn-Berlin?

Obwohl plötzlich, entgegen früheren Aussagen, von der bayerischen CSU die Leitlinie für eine Entscheidung zugunsten von Bonn ausgegeben worden war, stimmten elf von 46 CSU-Abgeordneten für Berlin. Unter dieser Minderheit befanden sich Bundesminister Ignaz Kiechle sowie der Autor. Letzterer stand unter den niederbayerischen Abgeordneten, auch der SPD, allein auf weiter Flur. Es war klar, dass ihm das nicht so leicht verziehen wurde, zumal die damalige Chefredaktion der „Passauer Neuen Presse“ am Tag der Abstimmung in der Heimat eine modische TED-Umfrage veröffentlicht hatte, die eindeutig „Pro Bonn“

lautete. Ein inzwischen verstorbener stellvertretender Chefredakteur meinte sogar in seiner wöchentlichen Kolumne, dieser Abgeordnete glaube wohl die Wählermeinung nicht ernst nehmen zu müssen. Die Wähler aber würden sich bei der nächsten Wahl schon an dieses Verhalten erinnern, drohte der Kolumnist. Doch beim Wähler gab es noch drei Mal eine sehr positive Resonanz, 2002 sogar mit absoluter Rekordmarke. Und Berlin? Allorten vernimmt man heute eine deutliche Sympathie für die gemauerte Hauptstadt – nicht jedoch für deren tiefrote Stadtpolitik und für so manches hauptstädtische Bauwerk.

Was wurde aus Bonn?

Erst Mitte 1999 zog das Parlament tatsächlich nach Berlin um. Immer wieder hatte es die alten Fronten gegeben. Die Kosten des Umzugs wurden ins Unermessliche hochspekuliert (wie heute bei „Stuttgart 21“). 1994 hatten „die Bonner“ für sich ein besonderes Gesetz erstritten, das „Bonn-Berlin-Gesetz“, das für Bonn den Titel „Bundesstadt“ und viele Milliarden für eine Zukunft als UNO- und Technologie-Stadt erbrachte. Der Autor stimmte diesem Gesetz im Übrigen zu. Bereits 2004 hatte die Stadt am Rhein mehr Einwohner als vor dem Abzug des Parlaments – und keine lähmenden Massendemonstrationen mehr. Bonns OB Bärbel Dieckmann sah bald eine „Erfolgsstory“. Der Freistaat aber hatte als allererstes Bundesland seine „Bayerische Vertretung“ in Berlin errichtet. Weitblick? Na klar! Immer!